

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Vertrauens-Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Auflage 5000.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Mitestraße 86/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4069 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen, für Arbeits- und Wohnungsgesuche 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 74.

Donnerstag, den 28. Juni 1894.

1. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Abonnements-Einladung!

Welches Blatt soll die werththätige Bevölkerung lesen?

Ein konservatives, das für Reaktion, Mucker- und Junkerthum eintritt? — **Nein!**

Ein nationalliberales, das die Interessen der Kapitalisten, des industriellen Unternehmertums und höheren Beamtenstands vertritt? — **Nein!**

Ein Amtsblatt, das keine eigene Meinung hat und nur schreiben darf, wie es den Mächtigen angenehm ist? — **Nein!**

Ein sogen. freisinniges Blatt, das der „freien Selbsthilfe“ unbegrenztes Lob singt, während Arbeiter und Handwerker von „freisinnigen“ Kapitalisten ausgebeutet und ruiniert werden? — **Nein!**

Ein farbloses, sich „unparteiisch“ nennendes Blatt, das heute den Arbeitern eine Schmeichelei sagt, um ihnen morgen einen dicken Fußtritt zu setzen? — **Nein!** Und nochmals **Nein!**

Schreypflicht jedes aufgeklärten, zielbewußten Arbeiters, jedes selbstbewußten Bürgers ist es, die Presse zu unterstützen, welche nicht um die Gunst von Oben buhlt, sondern muthig und unerschrocken für Freiheit, Wahrheit und Recht kämpft. Ein solches Blatt ist der

„Lübecker Volksbote“.

Unsere **Postabonnenten** eruchen wir, das Abonnement rechtzeitig (mindestens 3 Tage vor dem Quartalschluß) zu erneuern, um unliebsame Verzögerungen in der Zustellung zu vermeiden.

Der „Lübecker Volksbote“ ist unter Nr. 4069 a 6. Nachtrag im Postzeitungs-Katalog eingetragen. Das Abonnement bei der Post kostet vierteljährlich Mf. 1,60 ohne Bringegehalt.

Redaktion und Verlag des „Lübecker Volksbote“.

Das Spiritus-Monopol.

W. in der „Neue Zeit“.

II.

Zu einer solchen Weltmarkt-Krise hat es jetzt die Spiritusindustrie gebracht. Ein Exportrückgang stellt sich nicht nur für Deutschland allein heraus. Er begann in Frankreich, wie wir wissen, schon zu Ende der siebziger Jahre. Damals schien es den deutschen Brennern, als ob sie nun wirklich den Weltmarkt monopolisirt hätten. Weit gefehlt, seit 1885 werden sie in einem noch schnelleren Tempo zurückgeschleudert, als das war, in dem sie die Franzosen überholt haben. Den Deutschen folgen die Russen, denn seit 1887 hat auch Rußland einen starken Rückgang des Spiritusexports. Rußland exportierte: 1887 80 Millionen Liter, 1888 65,6 Millionen Liter, 1889 49 Millionen Liter, 1890 51,9 Millionen Liter, 1891 48,6 Millionen Liter. Und schließlich Oesterreich, das am spätesten gekommen ist, tritt nunmehr ebenfalls den Rückzug an. Es exportierte: 1891 372,399 Meterzentner „gebrannte geistige Flüssigkeiten“, 1892 239,936 Meterzentner. So ist denn die Spirituskrise keine spezifisch deutsche. Und es ist nicht Rußland oder ein anderes Land, das die Krise verursachte, sondern es ist, wenn man will, Deutschland selbst, sicher aber ist es der Allweltkapitalismus, die kapitalistische Produktionsweise.

So endete die himmelsstürmerische Brennereikampagne der deutschen Großgrundbesitzer und speziell der preussischen Junker. Und darum können sie ihren Spiritus nicht mehr los werden, und ihre Ochsen werden nur noch mächtig fett. Jetzt, nachdem sie sich festgerannt haben, wimmeln sie wie die Hunde, die sich selbst in die Schwänze gebissen haben. Ihr Schmerzensschrei ist: „Staat hilf!“

Da aber diese staatsbehaltenden Elemente sehr gut wissen, daß man es dem kapitalistischen Staat bezahlen muß, wenn man von ihm was haben will, so haben sie ihm das Spiritusmonopol zugebracht. Es handelt sich hier darum, die Schankwirthe zu rupfen, um dann die Beute zwischen dem Staat und den Schnapsbrennern zu vertheilen.

Die Arbeiterklasse hat wenig Vorliebe für die Herren Schnapswirthe, noch weniger aber für die Herren Schnapsbrenner, und auch nicht für den Schnaps liefernden Staat. Ob das Geld, das aus den Taschen des Volkes gezogen wird, dem Einen oder dem Anderen oder schließlich dem Dritten zugute kommt, ist gleichgültig, denn auch das, wozu es der Staat verbraucht, ist mindestens von keinem Nutzen für das arbeitende Volk. Aber es kommen dabei für die Arbeiterklasse ganz andere und sehr wichtige Interessen in Betracht.

Bevor wir in deren Erörterung eintreten, müssen wir noch eine Abschweifung machen. Wie immer, wo es gilt, vom Volke etwas zu erpressen, verstecken sich auch hier die reichen Herren Großgrundbesitzer hinter dem Bauern. Er sei der hauptsächlichste Branntweimbrenner, und um seine Interessen handle es sich. Schon die früher mitgetheilte Tabelle über die Entwicklung der Spiritusindustrie in den östlichen Provinzen Preußens zeigt, wie falsch dies ist. Dasselbe ergibt sich aus der Vertheilung des Spirituskontingents bezw. der Liebesgabe. Denn das Kontingent, d. h. die Menge des zu 50 Mt. statt 70 Mt. Verbrauchssteuer per Liter zu produzierenden Spiritus, wurde nach Maßgabe der durchschnittlichen Produktion der einzelnen Brennereien vertheilt, und wir haben gesehen, zu welchen Resultaten man dabei gelangt ist. Also vom Bauern keine Rede. Um den landwirtschaftlichen Großgrundbesitzer handelt es sich und um eine kapitalistische Großindustrie. Interessant in dieser Beziehung ist die Mittheilung, die 1886 Eugen Richter im Reichstage über die Brennereien in der Provinz Schlessen machte. Diese vertheilten sich dem Besitz nach folgendermaßen: acht gehören dem König von Sachsen, zwei dem Kronprinzen, dann zwei Meiningen und Braunschweig, sechs sind königliche Fideikommiss-Brennereien, dann zehn Brennereien, die Domänen verschiedener Verbände gehören, vier Brennereien von Prinzen, acht Brennereien von Herzögen, zehn Brennereien von Fürsten, 76 Brennereien von Grafen, darunter zwei Reichsgrafen, 29 Brennereien von Freiherrn, darunter auch die Freiherrn von Rothschild in Wien 89 Brennereien im Besitz adeliger Personen und 153 Brennereien im Besitz von bürgerlichen Leuten.

Für die Herzöge und Fürsten, für die Rothschilds u. bedeutet die Spirituskrise noch keineswegs eine Daseinsverkümmern. Wenn auch die Brennerei zurückgeht, diese Brenner werden deswegen nicht verelenden. Manchem der Branntweimbrenner mag es freilich auch recht schlecht gehen, aber was geht das die Arbeiterklasse an? Es giebt rührselige Leute, die das tragische Schicksal eines vorkommenden Großgrundbesitzers furchtbar alterirt. „Man bedenke, so ein Herr! so ein feiner Herr! der über einen Troß von Bediensteten verfügte, und nun wird er selbst zum Pferdebahnkontrollant!“ Wir bekennen in unserer feilschen Verböhrtheit, daß uns dieses Geschick sehr wenig betrübt. Ist doch die angegebene Stellung noch besser, als die der Masse der Arbeiterklasse. Thatsächlich giebt es unter den Besitzenden sehr zarte Verbindungen, so daß wer an den obersten Sprossen der gesellschaftlichen Stufenleiter ausruht, fast immer sicher irgendwo in der Mitte hängen bleibt. Und auch wenn diese Leute einmal arbeiten lernen, so ist es nur um so besser für sie. Wie dem auch sei, jedenfalls kann sich die Arbeiterklasse nicht zur Vertreterin dieser Interessen machen. Der Arbeiter giebt jedem Bettler, ohne Unterschied seines Standes und seiner Abkunft ein Almosen, politisch geht aber die Arbeiterklasse ihre eigenen Wege. Die Arbeiterklasse bekämpft die kapitalistischen Besitzer der Produktionsmittel und nützt ihre Kämpfe unter einander für sich aus, sie wird aber keinen Finger dafür rühren, um die Interessen der einen Kapitalistengruppe auf Kosten der anderen zu schützen, noch weniger auf Kosten des Volkes. Wenn das Dach über den sozialen Vertretern der kapitalistischen Produktionsweise zusammenbricht, so mögen sie nur selbst sehen, wie sie davon kommen, die Arbeiterklasse, welche diese Produktionsweise bekämpft, hat am wenigsten Interesse daran, ihnen zu helfen. Sie könnte es nicht einmal, wenn sie es auch wollte, — denn was sich ereignet, ist nur eine unerläßliche Folge der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Dies alles übrigens heiläufig, denn das Schicksal der großen Schnapsbrenner ist noch keineswegs so traurig, weil es meistens Leute sind, die auch sonst wirtschaftlich aemig geföhrt sind. Ein desto

größeres Geschrei erheben sie freilich jetzt, wo ihre fetten Pfunden sich ein wenig zu verkürzen drohen.

Für das Spiritusmonopol werden alle erdenklichen Gründe ins Feld geführt. Hauptsächlich heißt es, der Staat werde auf diese Weise eine kulturelle und gesundheitliche Aufgabe erfüllen, indem er den Branntwein verteuert und dadurch den Konsum vermindert. Man verweist auf die Schweiz. Allein zwischen der demokratischen Schweiz und preussisch Deutschland ist ein großer Unterschied. Und dann läßt sich doch eine Verteuernng ebenso gut auch durch eine Erhöhung der Branntweinsteuer erreichen. Andererseits würden doch die Herren Brenner auch jetzt keineswegs abgeneigt sein, hohe Preise für ihren Spiritus zu fordern. Aber etwas hindert sie daran. Nun, dasselbe wird auch den Staat hindern, wenn er als Monopolist auftritt, den Branntwein zu verteuern. Im Gegentheil. Wenn der Staat sich verpflichtet, den Brennern ihre gesammte jetzige Produktion abzukaufen, so kann er diese enormen Spiritusmengen nur dann absetzen, wenn er den Branntwein billiger macht. Daß sie die Preise nicht mehr herabsetzen können, darin liegt ja eben das Malheur der Spiritusbrenner.

Rein fiskalisch genommen, kann eine Steuererhöhung auch dann noch einträglich sein, wenn der Konsum zurückgeht. Aber nur bis zu einem gewissen Grade, und wird das Seil zu stark gespannt, so reißt es. Die deutsche Branntweinsteuer beträgt aber jetzt schon 350 Prozent des Produktenwertes. So wird denn auch das fiskalische Interesse den Staat dazu treiben, den Branntwein eher zu verbilligen, als zu verteuern.

In der letzten Zeit ist der deutsche Branntweinkonsum etwas zurückgegangen zu Gunsten des Bieres. Wird der Spiritus monopolisirt, so wird es das Interesse des Staates erheischen, dieses Verhältnis umzukehren. Die bekannte fiskalische ausgleichende Gerechtigkeit wird dann ins Feld geführt werden, es wird heißen, das Bier beklage sich, daß es dem Branntwein gegenüber zurückgesetzt sei. So wird denn dem Staat die Erhöhung der Biersteuer als notwendiges Korrelat des Spiritusmonopols erscheinen. Thatsächlich aber giebt es kein besseres Mittel der Bekämpfung des Branntweins, als die Verbilligung des Bieres.

Es ist klar, der Staat als Spiritushändler hat das lebhafteste Interesse daran, dem Branntwein ein möglichst weites Absatzfeld zu verschaffen unter Zurückdrängung aller sonstigen geistigen Getränke. Ganz Deutschland in eine einzige große Destille zu verwandeln, wird dann das fiskalische Ideal des Staates sein, das fiskalische Ideal, das mächtiger ist, als alle kulturellen Aufgaben des kapitalistischen Staates sammt und sonders.

Wie jedes Monopol, so steigert auch das Spiritusmonopol die politische Macht des Staates. Hier kommt aber noch ein neues Moment in Betracht. Man weiß was Saalabtreiberie ist. Bis jetzt bediente sich der Staat dazu, außer polizeilicher Beeinflussungen, nur des Militärbojotts. Welche gewaltigen Mittel dazu werden aber in seine Hand gelegt, wenn der gesammte Branntweindebit von ihm abhängt, wenn er also jeden Schankwirth nach Belieben wirtschaftlich ruiniren kann?!

Der Arbeiterklasse würde das Spiritusmonopol nur Schaden bringen, den Nutzen davon hätten der Fiskus und die reichen Schnapsbrenner.

Die Sozialdemokratie wird das Spiritusmonopol, sollte es zu einem parlamentarischen Antrag darüber kommen, wie 1886 auch jetzt aufs Schärfste bekämpfen. Sie wird sich dabei wohl nicht zu sehr anzustrengen haben, denn voraussichtlich ist das Monopol ein todtgeborenes Kind. Aber das Auftauchen dieser Idee ist im höchsten Grade kennzeichnend.

Man sagt, das Staatsmonopol, folglich auch das Spiritusmonopol, sei sozialistisch. Mag sein, aber nur in dem Sinne, wie es die kapitalistische Produktionsweise überhaupt ist, die ja selbst die Elemente und Faktoren ihrer eigenen Vernichtung schafft.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Gesetz über die Erweiterung der Unfallversicherung. Der Entwurf über die Erweiterung der Unfallversicherung wird nunmehr im „Reichsanz.“ veröffentlicht. Der Entwurf enthält 1140 Paragraphen. Die Unfallversicherung

Der Anarchismus seine Theorien und Geschichte.

(Fortsetzung aus Nr. 74.)

Wer die für die Arbeiterbevölkerung bestimmten Wienerblätter, namentlich das „Tageblatt“ und das „Extrablatt“ las, der mußte glauben, die Organisation der Terroristen umfasse viele tausend von Mitgliedern und besthe fabelhafte Schätze, von Postdiebstählen, Vererbung von Staatskassen u. s. w. herrührend. Das hatte gerade noch gefehlt, um den durch die Rückwirkungen des deutschen Sozialistengesetzes haitlos gewordenen Arbeitern vollends den Kopf zu verbrennen. Die sich als einzig echte Revolutionäre gebenden Anarchisten gewannen, unterstützt von Lockspitzeln, die Oberhand, besonders der Nummermacher Josef Peukert (geb. 1856), der im Pester „Sozialist“ erklärte, man müsse für die „gewalttätige, blutige und schonungslose Revolution und daher für die Entfesselung aller wilden Instinkte im Volke“ arbeiten. Zahlreiche geheime Flugschriften verherrlichten die „Bestialität“. 1881 war Peukert Delegirter der österreichischen Arbeiter auf dem Londoner Anarchistenkongress; in Wien rebigirte er die „Zukunft“ in anarchistischem Sinne. 1882—1884 verübte der Anarchist Stellmacher, mit dem Anarchisten Kammerer verschiedene Raubmorde, durch welche Gelder für die Agitation geschafft werden sollten. Stellmacher war Redakteur der „Freiheit“ gewesen, als diese nach Most's Verhaftung ihren Druckort auf Betreiben des Lockspitzels Schröder von London nach der Schweiz verlegt hatte. Der Polizeiant Kaufmann hat den Stellmacher zu seinen Verbrechen systematisch angereizt, wie überhaupt die Raubmordaktion auf einer in Zürich abgehaltenen Anarchistenkonferenz beschlossen wurde, in welcher der Polizeiant Kaufmann referirte und der Polizeiant Schröder den Vorsitz führte. Auch der Raubmordversuch des Anarchisten Kuntz gegen den Bankier Hellbronner in Stuttgart war eine Folge dieser unter der Leitung von Polizeispitzeln abgehaltenen Berathungen, ebenso der letzte Raubmord Stellmachers in Wien (Bankier Eisert mit zwei Knaben) und der Mord zu Floridsdorf bei Wien, wo Stellmacher den Polizeisekretär Hubel erschoss. Als Stellmacher und Kammerer in Wien vor Gericht standen, höhnte der Vorsitzende des Gerichtshofes, Graf Lamezan, die Gemäßigten als „Revolutionäre im Schlafrock“ und sprach nur den radikalen Bedeutung zu, Peukert wurde als intelligenter, wissenschaftlicher Mann gepriesen. Die Mitschuldigen wurden nicht ermittelt, Kammerer und Stellmacher hingerichtet. Am 30. Januar 1884 erließ die Regierung eine (1891 aufgehobene) Ausnahmeverordnung, auf Grund deren über Wien und Umgebung bis auf Weiteres eine Art kleiner Belagerungszustand verhängt wurde. Für Strafsachen, welchen „anarchistische, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zu Grunde liegen“, wurden Ausnahmegerichtshöfe eingesetzt — mit welchem Erfolge schildert der Bericht Kautsky's in N. Z., 1890, 102: „Diese Ausnahmeverordnungen haben, wie zu erwarten war, weder zur Entdeckung noch zur Verhütung anarchistischer „Thaten“ etwas beigetragen. So weit solche in der Folge entdeckt und verhütet worden sind, gelang dies der Polizei auf

der Grundlage von Befugnissen, die sie schon vor Erlass der Ausnahmeverordnungen hatte. Dieselben richteten ihre Spitze bloß gegen die gesetzlichen Bethätigungen der Arbeiterklasse. Die Hauptanarchisten entkamen strafflos. Schon gelegentlich des Merstallinger-Prozesses war es aufgefallen, daß einer der intellektuellen Urheber des Attentats, Hoyer, sich nach Amerika flüchten und daselbst sich frei bewegen konnte, ohne daß die österreichischen Behörden seine Auslieferung verlangten. Die österreichische Polizei meinte, eine solche werde verweigert werden, da der Raubanschlag einen politischen Hintergrund habe. Daraufhin erklärte der Minister des Aeußeren in Washington dem österreichischen Gesandten, die Regierung der Vereinigten Staaten werde Hoyer ausliefern, wenn seine Vertheiligung am Raube erwiesen sei. Trotzdem wurde von diesem Anerbieten nie Gebrauch gemacht. Ebenso auffallend war es, daß im Januar 1884 Peukert, den man allgemein zum Mindesten der Mitwissenschaft an den anarchistischen Attentaten zieh, nicht nur nicht in Untersuchungshaft genommen wurde, mit der man in Oesterreich sonst schnell bei der Hand ist, sondern vom Polizeirath Stehling sogar Reisegeid erhielt, angeblich, um im Prozeß Neve in Hanau als Entlastungszeuge auftreten zu können. Zwei Tage später wurde der Ausnahmezustand über Wien verhängt und Peukert steckbrieflich verfolgt! — Peukert entwich. Dagegen wurden mit einem Schlage alle diejenigen, die sich in irgend einer Weise in Wien als Agitatoren oder Organisatoren, sei es in der politischen oder gewerkschaftlichen Bewegung hervorgethan hatten, ausgewiesen. Die Zahl der Ausgewiesenen betrug nicht weniger als in runder Summe 500. Eine Reihe von Vereinen wurde aufgelöst, andere lösten sich selbst auf, meist, weil es im Interesse der Mitglieder schien, selbst Verfügungen über das Vereinsvermögen treffen zu können, statt es der Polizei in die Hände fallen zu lassen.“ Peukert trat in London noch radikaler auf; im Londoner Anarchistenklub „Autonomie“ war er der rückichtsloseste Revolutionär und gab sich alle Mühe, Most zu übertrumpfen. Es gelang ihm auch, eine Zeit lang, den größten Einfluß und das blindeste Vertrauen der Anarchisten zu besitzen. Peukert ist es auch gewesen, der 1883 ein neues Attentat veranlaßte, das zur Begründung der für die Auebelung der Arbeiterbewegung so zweckdienlich erscheinenden Ausnahmegerese bringen nöthig war, da die Sozialdemokratie nach wie vor nur durch Aufklärung der Massen ihr Ziel zu erreichen strebte. Das von Peukert veranlaßte Attentat wurde auch durch Peukert zur rechten Zeit unschädlich gemacht. Als Werkzeuge dienten drei Anarchisten: Reinsdorf, Rupsch und Klüchler. August Reinsdorf, 1849 zu Pagan bei Leipzig geboren, arbeitete in Leipzig als Schriftsetzer und theilte sich anfänglich an der sozialdemokratischen Bewegung; die Partei schloß ihn aber 1877 wegen seinen anarchistischen Gesinnungen aus; R. agitirte nun eifrig für den Anarchismus, ließ sich 1883 in Oberfeld nieder und unternahm mit Rupsch und Klüchler das Attentat, durch das bei der Enthüllung des Niederwald-Denkmales am 24. September 1883 die dabei anwesenden deutschen Fürsten in die Luft gesprengt werden sollten. Da versagte die Bindschnur! In einer Broschüre: Der Anarchismus und seine Träger, Berlin 1887, die von dem, der Polizei mindestens sehr nahe stehenden „Verfasser der Londoner Briefe in der Kölnischen Zeitung“

geschrieben wurde, heißt es über dieses Versagen der Bindschnur: „Wie oft hängen doch von den scheinbar geringsten Zufälligkeiten die Geschicke eines Volkes ab! Hätte Peukert nicht das für den Morbanschlag auf dem Niederwald bestimmte Geld unterschlagen, so würden Klüchler und Rupsch eine genügende Summe besessen haben, um statt einer einfachen Bindschnur eine solche mit einer Gummiumhüllung zu kaufen, welche von der Witterung unbeeinflusst geblieben wäre. Und an der mangelnden Qualität der Bindschnur ist, wie der Prozeß ergab, der ganze Anschlag gescheitert. So hat die Absicht des Peukert das entsetzliche Unglück verhütet.“ An diese Absicht glaubten die Anarchisten noch einige Zeit, bis sich herausstellte, daß die „Geschicke des Volkes von der geringen Zufälligkeit“ abgehungen hatten, daß Peukert nichts Anderes als ein Polizeispitzel war, der erst das Attentat ansetzte und dann es rechtzeitig vereitelte. Der Zweck aber, den das Attentat haben sollte, wurde erreicht. Um die „Wörterbänden“ zu bekämpfen, wurde das Sozialistengesetz im Frühjahr 1884 verlängert. Fortschrittler, die nicht für die Verlängerung zu stimmen wagten, blieben der Abstimmung fern — „abkommandirt“, Prof. Mommsen sprach sich in der „Frankischen Zeitschrift“ dahin aus: Das Gesetz nützt nicht bloß recht wenig, sondern es ist positiv schädlich und fördert die Krankheit, die es bekämpfen will. — Leute, die sich öffentlich in Rede und Schrift nicht vertheidigen dürfen, kann man auch in Rede und Schrift nicht öffentlich angreifen; und so geht das stille Evangelium der Anarchie unter dem Schutze dieses Gesetzes unumwunden durch das Land.“ Trotzdem stimmte der fortschrittliche Herr Professor für die Verlängerung! Die Regierung brachte auch noch schleunigst ein Dynamitgesetz (9. Juni 1884) ein, das so ungeschickt abgefaßt ist, daß es schon viele Gewerbetreibenden zur Bestrafung wegen ungesetzlicher Benutzung von Dynamit brachte, aber noch wenig Anarchisten. — Die Reichstagswahlen 1884 ergaben trotzdem einen Zuwachs von 200 000 Stimmen, die sozialdemokratische Fraktion zählte anstatt 12 jetzt 24 Mitglieder. Im Dezember 1884 verurtheilte das Reichsgericht den Anarchisten Bachmann wegen versuchten Mordes und Brandstiftung (Attentat 1883 in der Gastwirtschaft Willemsen) zu 10 Jahren Zuchthaus, Rupsch, Klüchler, Reinsdorf zum Tode, Holzhauser wegen Beihilfe zum Hochverrath zu 10 Jahren Zuchthaus.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Partei-Leben.

Ueber den Verlauf der ersten Sitzung der Kommission für Arbeiterstatistik theilt die „Post“ mit: „Beschlüsse wurden gefaßt über die Entwürfe zur Regelung der Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien. Angenommen wurde der § 1 des Entwurfes, welcher die tägliche Arbeitszeit auf 12 Stunden festsetzt und den Arbeitern im Bäckerei- und Konditorei-Gewerbe eine ununterbrochene Arbeitsruhe von mindestens acht Stunden zusichert. Ueber § 2, welcher die Arbeitszeit der Lehrlinge regelt, entspann sich eine längere Debatte; ein Antrag auf Verbot der Beschäftigung von Lehrlingen unter 16 Jahren vor 4 Uhr des Morgens wurde abgelehnt,

Audere Peiten, andere Titten.

Von J. Engell-Günther.

(3. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Die Antwort Jakobs auf Christinens Brief lautete folgendermaßen:

Geehrte und geliebte Christine!

Ohne Ihnen zu beleidigen ist die Auszehrung — wenn man ihr auch Ewindsucht benamset (nenn) — unter uns mit Verlaub zu sagen — man Stuß (Unfinn), und ich mach' mir nich so viel aus ihr; was mich schon in die Schul' belehrt worden ist, indem daß ein Schulmeister immer eine haben wollt, wodrüber die Anderen scheel auf ihm sahen; aberst Stinelen, wenn die Alle Ihnen nich weglassen will, kann das doch nich ewig so sind; denn nachher kommt Alens anders. Laßt man das jung' Frölen unsern Dr. Mogen nehmen; ein forschen Kerl ist er ja so wie so; und das könnt uns nich schaden; — indem daß der olle Geheimrath denn wohl auch in Hinsichten auf mir besser von's Heirathen denken möchte; womit ich bis auf Weiteres in guter Hoffnung bin, mein Stinelen,

Dein getreuer Jakob.

In der That wünschte Robert von Bruning den Dr. Mogen, mit dem er seit seiner Kindheit befreundet war, für Gerta zu interessiren; aber aus keinem andern Grunde, als um ihn von dessen ihm sehr mißfallenden Bewerbung um Mably v. Norwiz abzulenken. War der junge Arzt doch schon bevorzugt genug, da er bei seinen häufigen Besuchen der kränklichen Mutter, hinreichend Gelegenheiten finden mußte, sich der Tochter zu nähern; und diese galt eben für den würdigsten Gegenstand der Bewunderung im Kreise aller Jünger der Universität nicht

allein, sondern der männlichen Jugend, soweit sie sich zu den gebildeten Ständen rechnete, überhaupt; wie man denn auch gestehen mußte, daß ihre Erscheinung das Aufsehen, welches sie überall hervorrief, zu rechtfertigen geeignet war. Sie Sicherheit ihres Benehmens entschädigte für die vielleicht schon fehlende erste Jugendfrische; und die Art, in der sie ihre Verehrer in gebührenden Schranken zu halten wußte, ohne sie doch zurückzustoßen, machte sie nur anziehender. Trotzdem möchte es schwer gewesen sein zu erklären, worin der Zauber eigentlich bestand, dem sich so Viele fast willenlos hinzugeben schienen, wenn man nicht im Betracht gezogen haben müßte, daß einestheils viele günstige Umstände zusammen wirkten, und andererseits es oft nur eines Anstoßes bedarf, um die Mehrheit in einer bestimmten Richtung zum Wettstreit aufzufordern. Vor Allem waren es gewiß die Neuheit und Fremdartigkeit ihres Wesens, durch die Mably hatte eine besondere Beachtung finden müssen. Sie lebte erst seit wenigen Monaten mit ihrer Mutter, der Wittwe des Finanzministers v. Norwiz, im Hause und unter dem Schutze des Oberbürgermeisters gleichen Namens, der ihr Onkel war; und ihre großen schwarzen Augen mit den langen Wimpern, unter den schön gezeichneten Brauen, wurden, um so mehr bewundert, weil sie — neben dem üppigen dunklen Haar in Norddeutschland etwas sehr Seltenes sind. Man schätzte sie natürlich auch am meisten, wenn, wie es hier der Fall war, eine reine weiße Gesichtsfarbe dadurch noch leuchtender erscheint, und wenn das edel geformte Haupt auf einer schlanken, gut entwickelten Gestalt ruht. Ueberdies galt das Fräulein für eine sogenannte gute Partie.

Nur Frau v. Hartwuth, die ehemals ihrer „Cousine Excellenz“, (wie sie diese scherzend nannte) als eine ältere Freundin zur Seite gestanden hatte, war mit deren

Charakter zu sehr vertraut, und kannte daher auch den faltherrigen Hochmuth der Tochter zu gut, als daß sie sich durch das allgemeine Lob hätte fortreißen lassen können; aber es fiel ihr um deswillen nicht ein, daß Robert keineswegs eine Ausnahme unter der übrigen Männerwelt zu bilden im Stande sein würde; und sie entschloß sich, die Mühseligkeiten des Ballabends auf sich zu nehmen, um vielleicht eine Annäherung zwischen ihm und Gerta herbeizuführen. Ihr altes Herz träumte für ihre Enkelin das Glück, dessen sie sich vor vielen Jahres auf dem geliebten Boden von Kautenberg erfreut hatte. Erscheint doch die ferne Vergangenheit nicht selten in einem ganz rofigen Lichte, weil die damals herrschenden Schatten seitdem vergessen worden sind. Das junge Mädchen war indessen weit entfernt, sowohl das Eine als das Andere, was mit ihr beabsichtigt wurde, zu ahnen und sie mochte auch über ihre eigenen Neigungen noch durchaus nicht im Klaren sein. Gewiß ist nur, daß ihr der Ball sehr gleichgültig gewesen wäre, wenn sie nicht dem Better Adrian von Tornow, der eben sein Doktor-Examen bestanden und als Dichter schon einigen Ruf erlangt hatte, dort zu begegnen überzeugt gewesen wäre. Sie liebte ihn seit Jahren — nach ihrer Meinung — mit schwesterlicher Freundschaft; wenn er auch nicht der Einzige war, dessen Gesinnung und Geistesgaben ihr Achtung und Zuneigung abgewonnen hatten. Dnein! — Sie konnte und wollte nicht leugnen, daß kein Freund und Studiengenosse, der Dr. Georg Ehrmann, obgleich nur ein Jahr älter als er, ihn in vieler Beziehung übertraf und meistens der Gebende war, wenn Adrian mit der Empfangende zu sein vermöchte.

(Fortsetzung folgt.)

bazegen die Bestimmungen des § 2 beibehalten, wonach die Arbeitszeit im ersten Jahre ihrer Lehrzeit 8 Stunden, im zweiten Jahre 1 Stunde täglich weniger betragen muß, als die der Gesellen.

§ 3 beinhaltet die eben erwähnten Bestimmungen auch auf das Konditoreigewerbe aus.

Ueber § 4 wurde eine Beschlußfassung ausgelegt. § 5 zieht die Sonntagsruhe in Betracht und bestimmt, daß die Arbeitszeit in Bäckereien an Sonn- und Festtagen um 8 Uhr Morgens beendet sein muß.

Aus Bahrze (Ober-Schlesien) wird geschrieben: Seit 10 Tagen haben unsere Genossen Kaszyl und Prukop, welche zu dem internationalen Bergarbeiter-Kongress als Delegationen abgeschickt waren, eine Filiale des Bergarbeiter-Verbandes errichtet, in deren Mitgliederlisten sich 1400 Bergleute, obgleich sie kein Lokal besitzen, bis heute zur Aufnahme gemeldet haben.

Sohnrevolution zurückgezogen wird, der Streit. Die Gesamtzahl der zum Ausstand kommenden Arbeiter wird etwa 400 betragen. Darunter sind Leute, die 30 bis 40 Jahre in der Fabrik gearbeitet haben.

Die Piegelarbeiter in Gablou-Melkenberg befinden sich im Ausstand. Die überaus traurigen Verhältnisse in diesem Berufe haben die sonst alle Maßnahmen der Unternehmer geduldig hinnehmenden Arbeiter zu dem letzten ihnen zu Gebote stehenden Mittel greifen lassen.

Warnung. In Berlin ist eine Person aufgetaucht, die auf den Namen Benno Schwarz lautende Ausweis-papiere der Fugeshörigkeit zur Sozialdemokratie Gerbiens besitzt. Der Betreffende will sogar eine Vertrauensstellung bekleidet haben.

Aus Nah und Fern. Berlin. Ein trauriger Zug langte am Sonnabend Abend vor einem hiesigen Krankenhause an. Ein Mann zog einen Handwagen, auf dem die Leiche eines acht-jährigen Knaben lag.

Die typhusartigen Erkrankungen bei der Civilbevölkerung sind auf 103 gestiegen. Die Sanitäts-kommission bemängelt die Filtration des städtischen Wasser-werks und die Verunreinigung der Filter, hervorgerufen durch Verwendung von zu grobkörnigem Boberfand.

Standesamtliche Nachrichten vom 17. bis 24. Juni 1894.

- #### Geburten.
- a. Knaben:
- | Name und Beruf des Vaters. |
|-------------------------------------|
| 12. Juni, Arbeitsmann Eben Besjfon. |
| 13. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |
| 14. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |
| 15. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |
| 16. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |
| 17. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |
| 18. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |
| 19. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |
| 20. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |
| 21. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |

- b. Mädchen:
- | Name und Beruf des Vaters. |
|-----------------------------------|
| 10. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |
| 11. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |
| 12. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |
| 13. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |
| 14. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |
| 15. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |
| 16. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |
| 17. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |
| 18. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |
| 19. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |
| 20. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |
| 21. Juni, Arbeiter Hermann Sauer. |

gehülfe Hans Heinrich Kok. Arbeitermann Johann Heinrich Wilhelm Wendel. Kaufmann Julius Gustav Janede. 17. Kreisinsp. Ruffner Carl Emil Kuntel.

Sterbefälle. 16. Arbeitermann Johann Joachim Friedrich Wever, 44 J. Heinrich Ludwig Fritz Schimmelbusch, 1 Jahr 8 Mon.

18. Juni. Telegraphenarbeiter Heinrich Friedrich Johann Wrooks und Christina Catharina Elisabeth Bohnsdorf zu Dümmer-dorf. Handlungsgeselle Gustav Udo Wilsch und Mathilde Hoepfer.

Ungeordnete Aufgebote.

18. Juni. Telegraphenarbeiter Heinrich Friedrich Johann Wrooks und Christina Catharina Elisabeth Bohnsdorf zu Dümmer-dorf. Handlungsgeselle Gustav Udo Wilsch und Mathilde Hoepfer.

Gesetzstufungen.

19. Juni. Kellner Carl Thomas Gotthard Magen zu Ham-burg und Auguste Wilhelmine Johanna Sophie Pauls.

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme. (Nachdruck verboten.)

Nach Kara? forschte Helene, warum? Der Wärter warf einen prüfenden Blick auf Sophia, die mit den Händen das Fenstergitter umklammert hielt.

Sie haben recht, sagte Helene, die stumme Frage des Mannes verstehend, ich danke Ihnen. Der Wärter wandte sich zum Gehen.

Nein, laß mich alles wissen! rief in diesem Augen-blicke Sophia und ergriff, plötzlich vorstürzend, den Auf-seher am Arme.

Wieder blickte der Wärter Helene fragend an. Diese nickte leicht mit dem Kopfe. Ja, reden Sie, sagte sie leise und unter Thränen, verschwiegen kann es ihr doch nicht bleiben.

Nun denn — auf Ihre Verantwortung. Der Ge-richtshof hat ihn wegen thätlichen Angriffs auf einen hohen Staatsbeamten, sowie wegen Flucht und Wider-stands gegen die Staatsgewalt zu lebenslänglicher Zwangs-arbeit in den Minen verurtheilt.

Nach Kara — lebenslang! wiederholte die Unglückliche in schmerzlicher Aufregung. Und jetzt — im halben Winter — im Schnee.

Sieh — sieh — fuhr sie fort, nach unten deutend, er ist noch krank — krank — und er ist nicht einmal ordentlich bekleidet — o Helene, Helene!

Sie sprach den Namen das zweite mal in einem Tone aus, daß sich die Freundin entsetzt nach ihr herum-wandte.

Sophia — o ewiges Schicksal — Sophia — Diese hörte nicht mehr — ihre ganze Gestalt er-zitterte wie unter einem furchtbaren Krampfe — ihre Rippen bewegten sich, als wollte sie sprechen, doch ver-gebens suchte sie nach Worten.

Barmherziger Gott! schluchzte Helene, sie ist wahn-sinnig! — — —

33. Kapitel.
In den Minen von Kara. Diesen Mann fortschaffen heißt ihn tönen! erklärte Dr. Orzhesko mit fester Stimme, ich lehne alle Ver-antwortung ab.

überflüssigen Glends, ich kann nicht länger diese grauen-vollen Silber ertragen. Wäre ich nicht aus Mitleid für die Verbannten geblieben, ich hätte meinen Abschied in den ersten Tagen genommen.

Der Gouverneur gab keine Antwort mehr, sondern befahl, Felix Volkhofski auf dem zu seinem Transport bestimmten Karren festzubinden.

Ich protestiere, rief der Doktor nochmals in heftigem Tone, das ist Mord, das ist Meuchelmord! Ich sage Ihnen, Herr Gouverneur, so gewiß ich Dr. Orzhesko bin, werde ich über diese Greuelthat einen Bericht an die Regierung machen und einen andern in den Zeitungen veröffentlichen.

Thun Sie, was Ihnen beliebt, Sie alter Narr, erwiderte Lazareff grob. Fort mit dem Menschen!

Felix war nicht an den Folgen der Verwundung gestorben. Dant der gewissenhaften Behandlung des alten Arztes trug seine eiserne Natur selbst unter den Ver-hältnissen, in welchen er während seiner schweren Krankheit ausharren mußte, den Sieg über das Fieber, daß ihn ergriffen hatte, davon, trotz Mangels an hinreichender Luft, an Raum und Bequemlichkeit, trotz der Kettenlast an seinen Füßen.

Dem auf Befehl des Gouverneurs durften dem Ver-wundeten selbst während des gefährlichsten Stadiums seiner Krankheit die drückenden Fußketten nicht abgenommen werden, obgleich Dr. Orzhesko das Verlangen im Inter-esse der Genesung seines Patienten entschieden gestellt hatte.

(Fortsetzung folgt.)